

Allgemeine Einkaufsbedingungen (AEB) der Haufe Group

Haufe Group Terms and Conditions of Purchase (AEB)

DEUTSCH

1. Vorbemerkungen

- Die Einkaufsbedingungen gelten für sämtliche Aufträge und Bestellungen (Lieferungen und Leistungen; (im Folgenden Auftrag) der Haufe Group (im Folgenden Auftraggeberin) mit ihren Geschäftspartnern und Lieferanten (nachfolgend Auftragnehmer). Die Geschäftsbedingungen gelten nur, wenn der Auftragnehmer Unternehmer (§ 14 BGB), eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist.
- Diese Geschäftsbedingungen werden vom Auftragnehmer mit der Annahme des Auftrags, für die Dauer der Geschäftsverbindung mit der Auftraggeberin anerkannt.
- Abweichende Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers, die die Auftraggeberin nicht ausdrücklich schriftlich anerkennt, werden auch dann nicht verpflichtend, wenn ihnen die Auftraggeberin nicht nochmals ausdrücklich widerspricht.

2. Auftragsbestätigung

- Jeder Auftrag ist unverzüglich unter Angabe der verbindlichen Lieferzeit, des vereinbarten Preises, der Auftragsnummer und des Auftragsdatums vom Auftragnehmer zu bestätigen.
- Bei ständiger Geschäftsverbindung gilt der Auftrag als angenommen, wenn nicht der Auftragnehmer den Auftrag innerhalb von fünf (5) Werktagen ablehnt und dies gegenüber der Auftraggeberin erklärt.
- Der Auftraggeberin bleibt es vorbehalten, Aufträge zu stornieren und anderweitig zu vergeben, wenn nicht innerhalb von 10 Werktagen ab Datum des Auftragschreibens die Annahme schriftlich bestätigt wurde. Die Auftraggeberin wird den Auftragnehmer hiervon entsprechend in Kenntnis setzen.
- Lieferabrufe werden, sofern nichts Besonderes vereinbart ist, verbindlich, wenn der Auftragnehmer nicht unverzüglich widerspricht.

3. Auftragsänderungen

- Die Auftraggeberin kann nach der Auftragsannahme Änderungen des Vertragsgegenstandes in Ausführung und Menge verlangen, soweit dies dem Auftragnehmer zumutbar ist.
- Wenn mit der Auftragsänderung nachgewiesen Mehrkosten verbunden sind und wenn der Auftragnehmer dies der Auftraggeberin unverzüglich nach der Auftragsänderung schriftlich angezeigt hat, können Preiserhöhungen einvernehmlich festgelegt werden.

4. Preise, Rechnung, Zahlung, Zurückbehaltungsrecht, Über-/Unterlieferungen

- Die vereinbarten Preise sind Festpreise, sämtliche mit der Durchführung des Auftrags verbundenen Aufwendungen sind von ihnen umfasst, wenn nichts anderes ausdrücklich vereinbart ist. Die vereinbarten Preise sind Nettopreise, denen regelmäßig die gesetzliche Mehrwertsteuer hinzuzurechnen ist.
- Angebote, Skizzen, Entwürfe, Proben, Muster und ähnliche Vorarbeiten sind kostenfrei zu erstellen. Sie können nur berechnet werden, wenn dies zuvor schriftlich vereinbart ist.
- Der Auftragnehmer übersendet Rechnungen gesondert von der Lieferung an die Auftraggeberin. Rechnungen müssen Nummer, Zeichen, Auftragsdatum sowie die Steuernummer des Auftragnehmers enthalten. Unvollständige Rechnungen werden zurückgewiesen und nicht beglichen! Die Mehrwertsteuer ist gesondert auszuweisen. Die Rechnung ist unter dem Tag der Lieferung auszustellen, jedoch nicht vor dem vereinbarten Liefertermin. Eine Rückdatierung der Rechnung ist nicht zulässig.
- Zahlung erfolgt, innerhalb von 14 Tagen nach Waren- und Rechnungseingang unter Abzug von 3 % Skonto, nach 30 Tagen mit 2 % Skonto oder nach 60 Tagen netto in Zahlungsmitteln nach Wahl der Haufe Group. Die Zahlung kann in Scheck-/Wechselverfahren erfolgen.
- Der Auftragnehmer kann ein Zurückbehaltungsrecht nur in den Fällen unbestrittener oder rechtskräftig festgestellter Gegenansprüche aus derselben Lieferung geltend machen.
- Überlieferungen bis maximal 2% sind zulässig. Berechnet wird die tatsächlich gelieferte Menge. Unterlieferungen sind grundsätzlich nicht zulässig und bedürfen generell einer sofortigen Rücksprache mit dem Auftraggeber.
- Überlieferungen über 2% werden nur nach vorheriger Rücksprache mit dem Auftraggeber akzeptiert. Auch hier wird die tatsächlich gelieferte Menge berechnet. Abweichungen von dieser Regelung sind nur dann möglich, wenn diese im Einzelauftrag beschrieben sind.

5. Lieferzeit, Lieferverzug

- Der vereinbarte Liefertermin ist eingehalten, wenn die Lieferung oder Leistung zum vereinbarten Termin bei der Auftraggeberin oder am besonders vereinbarten Liefer-/Leistungsort zur Verfügung steht. Ist ein Terminplan vereinbart, so sind ohne besondere Aufforderung vor allem auch Korrekturabzüge, Blaupausen, Andrucke, Vorausexemplare usw. termingemäß zur Verfügung zu stellen.
- Die Auftraggeberin kann, wenn die Lieferung/Leistung ganz oder teilweise nicht zum vereinbarten Termin erfolgt, den aus dieser Verzögerung entstehenden Schaden ersetzt verlangen und, wenn vereinbart, eine Vertragsstrafe fordern. Auch ist die Auftraggeberin berechtigt, nach fruchtlosem Ablauf einer Nachfrist von zehn Werktagen nach seiner Wahl vom Vertrag zurückzutreten und/oder Schadenersatz statt der Leistung zu verlangen. Das genannte Rücktrittsrecht gilt unabhängig davon, ob der Auftragnehmer die Nichteinhaltung der Lieferfrist zu vertreten hat, also z. B. im Fall der Nichtlieferung auf Grund höherer Gewalt, Streik, Aussperrung usw.
- Wenn der Auftragnehmer Schwierigkeiten bezüglich der rechtzeitigen Lieferung/Leistung voraussetzt, so hat er die Auftraggeberin unverzüglich schriftlich, unter Angabe des möglichen Liefer-/Leistungsstermins, zu benachrichtigen. Im Fall der Zustimmung der Auftraggeberin zu diesem neuen Liefertermin, die schriftlich erfolgen muss, bleiben Schadenersatzansprüche wegen der verspäteten Lieferung/Leistung unberührt.

6. Lieferung, Versand, Gefahrenübergang, Verpackung, Abnahme

- Lieferungen, auch durch Spediteure, haben grundsätzlich für die Auftraggeberin kostenfrei auf Gefahr des Auftragnehmers zur Auftraggeberin bzw. zum vereinbarten Auslieferungsort zu erfolgen, es sei denn, es ist etwas anderes vereinbart. Dies gilt auch für die Verpackung der Lieferungen und für die Rücksendung von Leergut, sofern dessen Rückgabe vereinbart ist. Die Anlieferung hat in den bei Auftragserteilung vereinbarten bzw. angegebenen Verpackungsmitteln zu erfolgen.
- Die Einschaltung von Dritten zur Auftragserteilung bedarf immer der vorherigen schriftlichen Einwilligung der Auftraggeberin.
- Jeder Lieferung ist ein mit Nummer und Datum des Auftrags sowie der Warenbezeichnung der Auftraggeberin mit der Sachnummer versehener Lieferschein beizufügen. Versandanzeigen mit Nummer und Datum des Auftrags sowie mit der Warenbezeichnung der Auftraggeberin und Sachnummer sind ausschließlich von der Lieferung getrennt nach dem Versand der Ware an die Auftraggeberin zu schicken.
- Höhere Gewalt, Arbeitskämpfe, Unruhen, behördliche Maßnahmen und sonstige unabwehrbare Ereignisse verlängern, soweit sie schwerwiegend und von der Auftraggeberin nicht verschuldet sind, die Frist zur Abnahme entsprechend. Die Auftraggeberin hat den Auftragnehmer über solche Ereignisse unverzüglich zu unterrichten. Sind die Abnahmehindernisse nicht nur vorübergehend, kann die Auftraggeberin vom Vertrag zurücktreten, ohne dass Ansprüche gegen sie geltend gemacht werden können.

ENGLISH

1. Preliminary remarks

- The Terms and Conditions of Purchase apply to all contracts and orders for goods and services (hereinafter Orders) of the Haufe Group (hereinafter Customer) with its business partners and suppliers (hereinafter Contractor). The Terms and Conditions only apply if the Contractor is an Entrepreneur as defined under section 14 of the Bürgerliches Gesetzbuch BGB, a legal entity under public law or a fund under public law.
- The Contractor, on acceptance of the order, acknowledges these terms and conditions for the duration of the business relationship with the Customer.
- Deviating terms and conditions of the Contractor that the Customer does not expressly recognize in writing will not be binding, even if the Customer does not expressly dispute them again.

2. Order confirmation

- Each order must be confirmed by the Contractor without undue delay, stating the binding delivery time, the agreed price, the order number and the Order date.
- Given a standing business relationship, the order is considered accepted unless the contractor rejects the Order within five (5) working days and declares this to the Customer.
- The Customer reserves the right to cancel Orders and to award them otherwise if acceptance has not been confirmed in writing within ten (10) working days of the order date. The Customer will inform the Contractor of this accordingly.
- Unless agreed otherwise, delivery schedules are binding if the Contractor does not object immediately.

3. Order changes

- After the Order has been accepted, the Customer can demand changes in the execution and quantity of the subject of the contract, provided this is reasonable for the Contractor.
- If the change in the Order entails verifiable additional costs, and if the Contractor has notified the Customer of this in writing immediately after the change, price increases can be agreed by mutual arrangement.

4. Prices, invoicing, payment, right of retention, over-delivery/under-delivery

- The agreed prices are fixed prices and comprise all expenses associated with the performance of the order, unless expressly agreed otherwise. The agreed prices are net prices and are usually subject to statutory VAT.
- Offers, sketches, drafts, sample typesetting, proofs, samples and similar preparatory work must be produced free of charge. They can only be invoiced if this has previously been agreed in writing.
- The Contractor shall send invoices to the Customer separately from the delivery. Invoices must include the Contractor's number, reference, order date and tax number. Incomplete invoices will be rejected and not paid. VAT must be shown separately. The invoice must be issued with the date of delivery and cannot be dated before the agreed delivery date. Invoices cannot be backdated.
- At the discretion of the Haufe Group, payment will be made without VAT (Netto) (1) within 14 days of receipt of goods with a discount of 3%, (2) after 30 days with a discount of 2% or (3) after 60 days. Payment method is also at the discretion of the Haufe Group.
- The Contractor can only claim a right of retention if there are undisputed or legally established counterclaims regarding the same delivery.
- Excess deliveries up to a maximum of 2% are permitted. The quantity actually delivered is calculated. Short deliveries are generally not permitted and generally require immediate consultation with the client.
- Deliveries over 2% are only accepted after prior consultation with the client. Here, too, the quantity actually delivered is calculated. Deviations from this regulation are only possible if these are described in the individual order.

5. Delivery date, delayed delivery

- The agreed delivery date is met if the goods or services are available to the Customer or at the separately agreed place of delivery/performance on the agreed date. If a schedule has been agreed, galley proofs, blueprints, proofs, preview copies, etc. must be made available on time without special request.
- If delivery is not made or service is not rendered by the agreed date, in full or in part, the Customer can demand compensation for damages resulting from this delay and, if so agreed, demand a penalty. After a grace period of ten working days has expired without performance, the Customer, at its discretion, is also entitled to withdraw from the contract or to demand compensation instead of performance. The above right of withdrawal applies regardless of whether the Contractor is responsible for non-compliance with the delivery date, i.e. in the event of non-delivery due to force majeure, strike, lockout, etc.
- If the Contractor anticipates difficulties regarding timely delivery/performance, it must inform the Customer in writing without undue delay, stating the possible date of delivery/performance. Customer giving its written consent to this new delivery date does not affect claims for compensation due to delayed delivery/performance.

6. Delivery, shipment, passage of risk, packaging, acceptance

- Unless agreed otherwise, deliveries, including those by freight forwarders, shall be free of charge for the Customer, at the risk of the Contractor, and made to the Customer or the agreed place of delivery. Packaging of deliveries and the return of empties, provided their return has been agreed, shall also be free of charge for the Customer and at the risk of the Contractor. Goods must be delivered in the packaging materials agreed upon or specified when placing the Order.
- The engagement of third parties to fulfil the Order always requires the prior written consent of the Customer.
- A delivery note stating the number and date of the Order in addition to the Customer's product description and item number must be attached to each delivery. Shipping notes with the order number and date in addition to the Customer's product description and item number must be sent to the Customer separately from the delivery and after the shipping of goods.
- Force majeure, labour disputes, riots, official measures and other unavoidable events extend the period of acceptance of goods/services if they are severe and not the fault of the Customer. The Customer must inform the Contractor of such events without undue delay. If obstacles to acceptance are more than temporary, the Customer can withdraw from the contract without claims being made against it.

7. Eigentumsvorbehalt, Forderungsabtretung

Die Auftraggeberin erkennt nur einen etwaigen einfachen Eigentumsvorbehalt des Auftragnehmers auf bei ihm lagernden Waren des Auftragnehmers an, soweit die Auftraggeberin nicht bereits Eigentümer dieser Waren durch Verarbeitung, Verbindung oder Vermischung gemäß Ziffer 8. dieser Bedingungen ist. Ausgeschlossen ist die Abtretung der Forderungen der Auftraggeberin aus der Weiterveräußerung dieser Waren an den Auftragnehmer (so genannter verlängerter oder erweiterter Eigentumsvorbehalt).

8. Material, Unterlagen und Daten, Untersuchung, Eigentum

8.1 Das von der Auftraggeberin bereitgestellte Material, Unterlagen usw. hat der Auftragnehmer unverzüglich nach Eingang auf Mängel und Verarbeitungsfähigkeit zu prüfen. Daten und Datenträger hat er auf Viren zu untersuchen. Der Auftragnehmer hat die Auftraggeberin auf erkennbare Mängel und Verarbeitungsprobleme sowie versteckte Mängel nach Entdeckung unverzüglich schriftlich hinzuweisen. Belege für die Mangelhaftigkeit sind vom Auftragnehmer als Beweismittel anzufertigen bzw. zu sichern und der Auftraggeberin unentgeltlich auf Verlangen zur Verfügung zu stellen. Erweist sich die Mängelrüge als unbegründet und verzögert sich dadurch die Ausführung des Auftrags, so haftet der Auftragnehmer für den eingetretenen Verzögerungsschaden.

8.2 Die dem Auftragnehmer zur Ausführung des Auftrags übergebenen oder vom Auftragnehmer hergestellten Materialien, Unterlagen und Daten (Rohdrucke, Halbfabrikate, Entwürfe, Lithos, Klischees, Filme, Daten, Datenträger, Platten, Montagen, Layoutvorlagen, Frames usw.) verbleiben im oder werden Eigentum der Auftraggeberin. Dies gilt auch für Zwischen-erzeugnisse und im Fall der Verarbeitung der Materialien usw., die immer für die Auftraggeberin als Hersteller erfolgt (§ 950 BGB). Bei Verarbeitung, Verbindung und Vermischung mit anderen, nicht dem Auftragnehmer gehörenden Materialien usw. steht der Auftraggeberin ein Mit Eigentum im Verhältnis des Werts ihrer Waren und Leistungen im Verhältnis zum Wert der anderen Waren zur Zeit der Verarbeitung, Verbindung oder Vermischung zu.

8.3 Material, Unterlagen und Daten usw. der Auftraggeberin sowie die hieraus hergestellten Halb- und Fertigerzeugnisse hat der Auftragnehmer getrennt zu lagern und als Eigentum der Auftraggeberin zu kennzeichnen. Kosten für Lagerung, Pflege und Instandhaltung trägt der Auftragnehmer, es sei denn, dass bei Vertragsabschluss etwas anderes vereinbart worden ist. Der Auftragnehmer haftet für Verlust und Beschädigung. Einlagerung bei Dritten ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der Auftraggeberin zulässig.

8.4 Die dem Auftragnehmer überlassenen Materialien, Unterlagen und Daten sind streng vertraulich zu behandeln. Sie dürfen nur bestimmungsgemäß und nur für Aufträge der Auftraggeberin verwendet und Dritten nicht zugänglich gemacht werden. Auf Verlangen der Auftraggeberin sind die Materialien, Unterlagen usw. unverzüglich und kostenlos herauszugeben.

8.5 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, Vorlagen, Rohstoffe, Druck-, Datenträger und andere der Wiederverwendung dienende Gegenstände sowie Halb- und Fertigerzeugnisse usw. ohne besondere Vergütung zwei Jahre über den Auslieferungstermin hinaus zu verwahren. Auch nach Ablauf der Frist dürfen diese Gegenstände nicht ohne schriftliche Zustimmung der Auftraggeberin vernichtet bzw. gelöscht werden. Gespeicherte Daten sind vom Auftragnehmer zu sichern und zu pflegen. Ihre Wiederverwendbarkeit muss auch im Fall eines Systemwechsels des Auftragnehmers gewährleistet sein.

9. Prüfung, Freigabe von Zwischenprodukten, Mustern usw., Abstimmungspflicht

9.1 Bis zur Druckfreierklärung hat die Auftraggeberin nur die jeweils auf ihre Weisung ausgeführten Korrekturen zu prüfen. Das gleiche gilt für alle sonstigen Freigabeerklärungen der Auftraggeberin zur weiteren Herstellung. Nach Ausführung und Prüfung der jeweiligen Korrekturen bzw. nach Druckfreierklärung entstandene und erkennbar gewordene Fehler gehen zu Lasten des Auftragnehmers.

9.2 Bei technischen Abstimmungsproblemen (z. B. zwischen Papier, Satz, Repro, Druck und Bindung) hat sich der Auftragnehmer vor Beginn der Arbeiten mit der Auftraggeberin und den evtl. weiteren Zulieferern abzustimmen.

10. Gewährleistung, Haftung, Nebenpflichten, Verjährung

10.1 Der Auftragnehmer leistet Gewähr für die vereinbarte Ausführung, die Qualität, die Farbgebung, die Menge und die zugesicherten Eigenschaften des Vertragsgegenstandes.

10.2 Die Gewährleistungsfrist endet mit Ablauf von zwei Jahren seit Anlieferung bzw. bei Leistungen seit Abnahme, es sei denn, dass Arglist des Auftragnehmers vorliegt. Bei Mängelrügen verlängert sich die Gewährleistungsfrist um die zwischen Mängelrüge und Mängelbeseitigung liegende Zeitspanne.

10.3 Für die Geltendmachung von Gewährleistungsansprüchen verzichtet der Auftragnehmer auf die Dauer von 12 Monaten ab Ablauf der Gewährleistungsfrist auf die Einrede der Verjährung.

10.4 Mangelhafte Lieferungen/Leistungen berechtigen die Auftraggeberin, auch wenn die Prüfung sich auf Stichproben beschränkt hat, nach Wahl entweder vom Vertrag ganz oder teilweise entschädigungslos zurückzutreten oder Minderung des Preises, kostenlose Nachbesserung oder Ersatzlieferung einschließlich Aufwendungsersatz zu verlangen. Das Recht zum Rücktritt oder zur Minderung steht der Auftraggeberin erst zu, wenn der Auftragnehmer nicht innerhalb angemessener Frist kostenlos nachgebessert oder Ersatz geliefert hat.

10.5 Die Auftraggeberin kann Schadenersatz verlangen im Fall des Fehlens zugesicherter Eigenschaften und sonst, wenn der Auftragnehmer nicht nachweist, dass ihn an dem Mangel kein Verschulden trifft. Dies gilt auch im Fall der Verletzung von Nebenpflichten durch den Auftragnehmer. Für die Verjährung vertraglicher Schadenersatzansprüche gilt die in Ziffer 10.3 dieser Bedingungen genannte Frist entsprechend, sofern gesetzlich keine längere Verjährungsfrist gilt. Die Haftung des Auftragnehmers aus unerlaubter Handlung (§§ 823 ff. BGB) bleibt unberührt.

10.6 In dringenden Fällen und wenn der Auftragnehmer die von der Auftraggeberin verlangte Ersatzlieferung oder Nachbesserung nicht innerhalb angemessener Frist erfüllt, ist die Auftraggeberin berechtigt, die Nachbesserung oder Ersatzbeschaffung in ihm geeignet erscheinender Weise auf Kosten des Auftragnehmers selbst vorzunehmen oder Dritten zu übertragen. Die Auftraggeberin kann Kosten, die durch Sortieren oder Nacharbeit mangelhafter Lieferung entstehen, dem Auftragnehmer berechnen. Kosten für Rücksendungen der von der Auftraggeberin durch Stichprobenprüfungen als mangelhaft festgestellten Lieferungen gehen zu Lasten des Auftragnehmers.

11. Rücktrittsrecht bei mangelhaften oder verspätet angelieferten Erstmustern, Proben usw.

Bei nicht termingerechter Vorlage oder bei Mängeln der Muster, Proben usw. ist die Auftraggeberin nach angemessener Nachfristsetzung berechtigt, nach ihrer Wahl vom gesamten Vertrag zurückzutreten oder Schadenersatz wegen Nichterfüllung geltend zu machen.

12. Zahlungsunfähigkeit

Stellt der Auftragnehmer seine Zahlungen ein oder wird das Insolvenzverfahren über sein Vermögen oder ein gerichtliches oder außergerichtliches Vergleichsverfahren beantragt, so ist die Auftraggeberin berechtigt, für den nicht erfüllten Teil vom Vertrag zurückzutreten.

13. Werbematerial

Der Auftragnehmer darf in Werbematerialien auf geschäftliche Verbindungen mit der Auftraggeberin nur mit deren ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung hinweisen.

7. Retention of title, assignment of claims

The Customer recognises "simple retention of title" (einfacher Eigentumsvorbehalt) by the Contractor to goods stored with the Customer, only to the extent that the Customer is not already the owner of these goods by way of processing, combining or blending in accordance with section 8 of these terms and conditions. The assignment of claims on the part of the Contractor from the resale of these goods to the Contractor is excluded (extended retention of title). If there is a resale of goods by Customer to a third party, any claim against the third party regarding the goods belongs to Customer, and any assignment of such claims to the Contractor is excluded (verlängerter Eigentumsvorbehalt).

8. Materials, documents and data, examination, ownership

8.1 Immediately on receipt, the Contractor shall examine materials, documents, etc. provided by the Customer for defects and processing capability. Further, the Contractor shall check all Data and data storage media for viruses. The Contractor shall also inform the Customer in writing of obvious defects and processing problems, and of hidden defects without undue delay after discovery. The Contractor shall produce or secure evidence of faults and provide such to the Customer free of charge on request. If the complaint is found to be unwarranted and delays execution of the order, the Contractor will be liable for damages that arise due to such delay.

8.2 The materials, documents and data (including but not limited to: raw prints, semi-finished products, designs, lithographs, films, data, data storage media, plates, montages, layout templates, frames, etc.) provided to the Contractor for the performance of the order will remain or become the property of Customer. The Customer will be considered the manufacturer (section 950 BGB) with regard to intermediate products or in the event of processing of materials. When processing, combining or blending materials, etc. with others not belonging to the Contractor, the Customer acquires joint ownership in proportion to the value of its goods and services and that of the other goods at the time of processing, combining or blending.

8.3 Materials, documents and data, etc. belonging to the Customer, and semi-finished and finished products produced from materials, documents and data, etc. must be kept separately by the Contractor and identified as the property of the Customer. Costs of storage, care and maintenance are borne by the Contractor, unless agreed otherwise in the contract. The Contractor is liable for loss and damage of materials and products stored by the Contractor. Storage by third parties is permitted only with the prior written approval of the Customer.

8.4 The materials, documents and data provided to the Contractor must be treated as strictly confidential. They may only be used as intended and only for orders of the Customer, and not made available to third parties. On request by the Customer, the materials, documents, etc. must be returned free of charge and without undue delay.

8.5 The Contractor is required to keep templates, raw materials, print substrate, data storage media, other reusable goods and semi-finished and finished products, etc. in safe keeping for two years after the date of delivery without additional remuneration. Even after the end of this period, these items cannot be destroyed or deleted without the Customer's written consent. Stored data must be backed up and maintained by the Contractor. The Contractor must also guarantee reusability of stored data in the event of a system change by Customer.

9. Inspection, approval of intermediaries, samples, etc., duty to consult

9.1 Until declared ready for printing, the Customer need check only the corrections made on its instruction to Contractor. The same applies to all other declarations of approval by the Customer for further production. Errors arising and discernible after the implementation and inspection of the respective corrections or after declared ready for printing will be at the expense of the Contractor.

9.2 In the event of technical coordination problems (e.g. between paper, typesetting, reproduction, printing and binding), the Contractor must consult with the Customer and any other suppliers prior to commencing work.

10. Guarantee, liability, secondary obligations, limitation

10.1 The Contractor warranties (Gewährleistung) the agreed performance, quality, colouring, quantity and promised properties of the subject matter of the contract.

10.2 The warranty (Gewährleistung) period ends two years after delivery of goods or acceptance of services, except in cases of fraud on the part of the Contractor. Complaints extend the warranty period by the time between the complaint being made and the defect being remedied.

10.3 For warranty claims, the Contractor waives any objection based on the statute of limitations for 12 months from the end of the warranty period.

10.4 Even if inspection was limited to random samples, defective goods/services entitle the Customer, at its discretion, to withdraw from the contract in full or in part without compensation, or to demand a price reduction, corrective action or substitute delivery, including the reimbursement of expenses. In the event that the Customer chooses corrective action or substitute delivery, the Customer is entitled to withdraw from the contract or to reduce the price if the Contractor has not provided corrective action or a substitute within a reasonable period.

10.5 The Customer can demand damages for the absence of promised properties, however not if the Contractor can prove that it is not liable for the defect. This also applies in the event of the violation of secondary obligations by the Contractor (section 241 BGB). The limitation period stipulated under section 10.3 of these Terms and Conditions applies to contractual claims for damages, unless a longer limitation period is stipulated by law. This does not affect the Contractor's liability for tort (sections 823 et seq. BGB).

10.6 In urgent cases and if the Contractor does not provide the substitute delivery or corrective action demanded by the Customer within a reasonable period, the Customer is entitled to implement corrective action or substitute procurement in the manner it deems appropriate, at the Contractor's expense, either itself or to transfer this right to a third party. The Customer may charge the Contractor for any costs incurred for sorting or subsequent work as a result of defective goods. The costs of returning goods found to be defective in a random inspection by the Customer will be borne by the Contractor.

11. Right of withdrawal in the event of defective or delayed delivery of initial samples, models, etc.

If not available on time, or in the event of defects in samples, models, etc., after a reasonable grace period, the Customer, at its discretion, is entitled to withdraw from the contract as a whole or to claim damages for default.

12. Insolvency

If the Contractor discontinues its payments or if insolvency proceedings are instituted against its assets or if there is a related settlement of insolvency proceedings initiated in or out of court, the Customer is entitled to withdraw from the unfulfilled portion of the contract.

13. Advertising materials

The Contractor may refer to its business relationship with the Customer in advertising materials only with the latter's express written consent.

14. Nachhaltigkeit, Unternehmensethik

- 14.1 Die Auftraggeberin richtet sich am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung aus und beachtet international anerkannte, grundlegende Standards für Arbeitssicherheit, Gesundheits- und Umweltschutz, Arbeits- und Menschenrechte sowie für eine verantwortungsvolle Unternehmensführung (nachfolgend „ESGStandards“). Die Auftraggeberin hat ihr Verständnis der ESGStandards im Verhaltenskodex der Haufe Group für Geschäftspartner beschrieben (<https://resources.haufegroup.com/HaufeGroup-VerhaltenskodexGeschaefspartner-extern.pdf>). Die Auftraggeberin erwartet vom Auftragnehmer die Einhaltung dieses Verhaltenskodex. Außerdem fordert die Auftraggeberin den Auftragnehmer auf, seine Sub- und Nachunternehmer zur Einhaltung entsprechender Standards anzuhalten. Die Auftraggeberin ist berechtigt, selbst oder durch von ihm beauftragte Dritte die Einhaltung des Verhaltenskodex nach Ankündigung zu überprüfen. Sofern die Auftraggeberin einen Verstoß des Auftragnehmers gegen den Verhaltenskodex der Haufe Group für Geschäftspartner feststellt, berechtigt sie dies zur außerordentlichen Kündigung des Vertragsverhältnisses.
- 14.2 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, keine rechtswidrigen oder unmoralischen Methoden anzuwenden, um etwaige Informationen oder Daten zum Zwecke der Leistungen zusammenzutragen oder zu erhalten. Insbesondere erklärt sich der Auftragnehmer bereit, alle anwendbaren Gesetze, Bestimmungen und behördlichen Anordnungen sowie den SCIP (Strategic and Competitive Intelligence Professionals) Code of Ethics for CI Professionals (erhältlich unter <http://www.scip.org>) in vollem Umfang zu beachten. Insofern wird ausdrücklich vereinbart, dass der Auftragnehmer für den besonderen Zweck der jeweiligen Bestellung von der (direkten oder indirekten) Gesprächsführung mit aktiven oder vormals aktiven Mitarbeitern, Führungskräften, Direktoren bzw. Mitgliedern der Geschäftsführung eines direkten oder indirekten Wettbewerbers der Auftraggeberin sowie den Kunden, Lieferanten oder Dienstleistern eines der Wettbewerber absieht, um Daten oder Informationen zusammenzutragen oder zu erhalten, die als Betriebsgeheimnis betrachtet werden können (z. B. im Sinne der Bedeutung des § 17 UWG). Dies bedeutet jedoch nicht, dass der Auftragnehmer nicht mit derzeitigen oder ehemaligen Mitarbeitern, leitenden Angestellten, Geschäftsführern oder Vorstandsmitgliedern eines direkten oder indirekten Konkurrenten der Auftraggeberin oder Dritter über allgemeine im Zusammenhang mit dem Projekt stehende Themen (wie z. B. allgemeine Markttrends) sprechen, diese hierzu befragen und sich mit ihnen darüber austauschen darf. Ferner ist der Auftragnehmer berechtigt, im Sinne des Projektes alle Informationen und Daten zu nutzen, die ihm durch Dritte, direkte oder indirekte Konkurrenten projektabhängig zugänglich gemacht wurden, vorausgesetzt, diese sind nach bestem Wissen des Auftragnehmers nicht durch eine Vertraulichkeits- oder eine andere Geheimhaltungsverpflichtung in Bezug auf diese Informationen gebunden.
- 14.3 Der Auftragnehmer hat bei Durchführung des Vertrages die in der Bestellung der Auftraggeberin konkretisierten Vorgaben zur Arbeitssicherheit sowie zum Gesundheits- und Umweltschutz zu erfüllen.

15. Gesetzlicher Mindestlohn (MiLoG), Arbeitnehmerentsendegesetz (AEntG), Verbot illegaler Beschäftigung

- 15.1 Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass die von ihm oder seinen eingesetzten Subunternehmen oder Personaldienstleistern zur Ausführung von Verträgen mit der Auftraggeberin eingesetzten Mitarbeiter den gesetzlichen Mindestlohn nach MiLoG oder, wenn die zu erbringenden Leistungen dem Anwendungsbereich des AEntG unterfallen, den jeweils vorgeschriebenen Branchenmindestlohn erhalten. Ebenso hat er sicherzustellen, dass zwingenden Pflichten zur Entrichtung von Beiträgen an Sozialversicherungsträger, Berufsgenossenschaften und anderen Einrichtungen wie die in § 8 AEntG genannten gemeinsamen Einrichtungen der Tarifvertragsparteien nachgekommen wird.
- 15.2 Der Auftragnehmer wird bei Auswahl von Subunternehmen oder Personaldienstleistern die Erfüllung der Vorbedingungen gemäß Ziffer 15.1 prüfen und diese zu deren Einhaltung schriftlich verpflichten. Außerdem hat er sich von diesen schriftlich bestätigen zu lassen, dass sie die Einhaltung der Anforderungen durch von diesen beauftragten Subunternehmen oder Personaldienstleistern verlangen werden.
- 15.3 Für den Fall, dass die Auftraggeberin von einem Arbeitnehmer des Auftragnehmers oder von einem Arbeitnehmer eines eingesetzten Subunternehmens, gleich welchen Grades, oder eines Personaldienstleiters berechtigterweise wie ein Bürge auf Zahlung des gesetzlichen Mindestlohns oder Branchenmindestlohns oder von einer der in § 8 AEntG genannten Einrichtungen der Tarifvertragsparteien auf Zahlung von Beiträgen in Anspruch genommen worden ist, stellt der Auftragnehmer die Auftraggeberin von diesen Ansprüchen frei.
- 15.4 Die Auftraggeberin ist berechtigt, den Vertrag mit dem Auftragnehmer ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu kündigen, sofern die Auftraggeberin berechtigterweise aus der Bürgenhaftung nach MiLoG bzw. AEntG in Anspruch genommen wird.
- 15.5 Darüber hinaus haftet der Auftragnehmer gegenüber der Auftraggeberin für jeden Schaden, der der Auftraggeberin aus der schuldhaften Nichteinhaltung der Pflichten gemäß Ziffer 15.1 und Ziffer 15.2 entsteht.
- 15.6 Illegale Beschäftigung jeder Art ist zu unterlassen.

16. Verletzung gewerblicher Schutzrechte

Der Auftragnehmer steht dafür ein, dass die Leistung und deren vertragsgemäße Nutzung keine Patentrechte, Urheberrechte oder sonstige Schutzrechte Dritter verletzen. Unbeschadet sonstiger gesetzlicher Ansprüche stellt der Auftragnehmer die Auftraggeberin von allen Ansprüchen Dritter frei, die gegen die Auftraggeberin wegen Verletzung oben genannter Schutzrechte geltend gemacht werden, wenn diese auf einer schuldhaften Pflichtverletzung des Auftragnehmers beruhen. Lizenzgebühren, Aufwendungen und Kosten, die der Auftraggeberin zur Vermeidung und/oder Beseitigung von Schutzrechtsverletzungen entstehen, trägt in diesem Fall der Auftragnehmer.

17. Vertragsstrafe

Ist eine Vertragsstrafe vereinbart und angefallen so kann die Auftraggeberin diese noch bis zur Fälligkeit der Schlusszahlung geltend machen, ohne dass dies eines Vorbehalts gemäß § 341 Abs. 3 BGB bedarf.

18. Haftung allgemein, Versicherungen

- 18.1 Sofern in diesen Einkaufsbedingungen nicht anderweitig geregelt, haftet der Auftragnehmer nach den gesetzlichen Bestimmungen.
- 18.2 Der Auftragnehmer hat für Schäden, die von ihm und seinen Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfen zu verantworten sind, eine ausreichende Haftpflichtversicherung auf seine Kosten aufrecht zu erhalten. Die Höhe der Deckungssumme je Schadensereignis ist der Auftraggeberin auf Verlangen nachzuweisen. Die vertragliche und gesetzliche Haftung des Auftragnehmers bleibt durch Umfang und Höhe seines Versicherungsschutzes unberührt.
- 18.3 Eine eventuell bestehende Versicherungspflicht bei Reisen liegt beim Auftragnehmer.

19. Nutzungsrechte

19.1 Nutzungsrechte an Arbeitsergebnissen
Der Auftragnehmer räumt der Auftraggeberin das unwiderrufliche, räumlich, inhaltlich und zeitlich uneingeschränkte sowie frei übertragbare und unterlizenzierbare Nutzungs- und Verwertungsrecht an allen Studien, Schulungsunterlagen, Konzepten, Betriebs- und Systembeschreibungen, Dateien, Software, Grafiken, Berechnungen und sonstigen Unterlagen, die den Vertrag betreffen und die der Auftragnehmer selbst angefertigt hat oder von Seiten Dritter hat anfertigen lassen (nachfolgend „Arbeitsergebnisse“) in allen bekannten Medienformen einschließlich elektronischer Medien, Internet und Onlinemedien, auf allen Bild-, Ton- und Datenträgern ein. Die Auftraggeberin hat insbesondere das Recht, solche Arbeitsergebnisse ganz oder in Teilen zu verwerten, zu vervielfältigen, zu verbreiten, sie zu verändern, sie weiterzuentwickeln, die vorgenannten Tätigkeiten durch Dritte ausführen zu lassen sowie Dritten die gleichen vollumfänglichen Nutzungs- und Verwertungsrechte an solchen Arbeitsergebnissen einschließlich etwaig zwischenzeitlich vorgenommener Veränderungen und Weiterentwicklungen einzuräumen. Der Auftragnehmer räumt der Auftraggeberin das Nutzungs- und Verwertungsrecht an den Arbeitsergebnissen in dem vorstehend beschriebenen Umfang auch für zum Zeitpunkt der Auftragserteilung noch unbekannt Nutzungsarten ein; insoweit gelten die gesetzlichen Bestimmungen.

14. Sustainability, corporate ethics

- 14.1 The Customer shall be guided by the model of sustainable development and complies with fundamental and internationally recognised standards for occupational health, safety and environmental protection, labour and human rights and responsible corporate governance (hereinafter: "Environmental, Social and Governance (ESG) Standards"). The Customer has described its understanding of the ESG Standards in the Haufe Group Code of Conduct for Business Partners (<https://resources.haufegroup.com/HaufeGroup-CodeofConduct-BusinessPartners-external.pdf>). The Customer expects the Contractor to comply with this Code of Conduct. Moreover, the Customer asks the Contractor to ensure its subcontractors comply with corresponding standards. The customer is entitled to check compliance with its Code of Conduct itself or to commission third parties to do so following prior notice. If the Customer identifies a violation of the Haufe Group Code of Conduct for Business Partners by the Contractor, this entitles it to the extraordinary termination of the contractual relationship.
- 14.2 The Contractor agrees not to use illegal or immoral methods to gather or obtain any information or data for the purpose of its services. In particular, the Contractor agrees to comply in full with all applicable laws, provisions and official regulations, in addition to the Code of Ethics for CI Professionals of the Strategic and Competitive Intelligence Professionals (SCIP) (available at <http://www.scip.org>). It is thus expressly agreed that, for the particular purpose of the respective order, the Contractor will refrain from (direct or indirect) talks with active or former employees, executives, directors or members of management of a direct or indirect competitor of the Customer and the clients, suppliers or service providers of any competitors in order to gather or obtain data or information that could be considered a trade secret (e.g. as defined by section 17 of the Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG – German Act Against Unfair Competition). However, this does not mean that the Contractor cannot speak with current or former employees, executives, managing directors or board members of a direct or indirect competitor of the Customer or third parties about general issues in connection with the project (such as general market trends), ask them about such market trends, or share information. Furthermore, for the purposes of the project, the Contractor is entitled to use all information and data made available to it by third parties, direct or indirect competitors independently of the project, provided that this information is not subject to any confidentiality or other secrecy obligations, to the best of the Contractor's knowledge.
- 14.3 In performing the contract, the Contractor must comply with the Customer's stipulations regarding occupational health and safety and environmental protection as specified in the order.

15. German Minimum Wage Act, German Posted Workers Act, prohibition of illegal employment

- 15.1 The Contractor must ensure that its employees, and the employees of its subcontractors or personnel service providers, used to perform contracts with Customer, receive the statutory minimum wage in accordance with the Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (MiLoG – German Minimum Wage Act) or, if the services to be performed fall within the scope of the Arbeitnehmerentsendegesetz (AEntG – German Posted Workers Act), the minimum industry wage stipulated there. Contractor must also ensure that all mandatory obligations are complied with, including paying contributions to social security, trade associations and other organizations, such as the joint agencies of the collective bargaining parties referred to in section 8 AEntG.
- 15.2 When selecting subcontractors or personnel service providers, the Contractor will examine their fulfillment of the conditions in accordance with section 15.1 and compel them in writing to comply with them. Moreover, the Contractor will have them confirm in writing that they will demand compliance with such requirements from their own subcontractors or personnel service providers.
- 15.3 The Contractor agrees to indemnify the Customer against any valid claim made by an employee of the Contractor or an employee of a subcontractor, regardless of their level, or of a personnel service provider, against the Customer as a guarantor, to pay the statutory minimum wage or the minimum industry wage stipulated by an agency of the collective bargaining parties referred to in section 8 AEntG.
- 15.4 The Customer is entitled to terminate the contract with the Contractor without notice if a valid claim is made against the Customer on the basis of its liability as a guarantor under MiLoG or AEntG.
- 15.5 Furthermore, the Contractor is liable to the Customer for any losses incurred by the Customer due to culpable non-compliance with the obligations in accordance with sections 15.1 and 15.2.
- 15.6 Illegal employment of any kind is prohibited.

16. Violation of industrial property rights

The Contractor warrants that its performance and any contractual use of produced products or services do not violate any patent rights, copyrights or other property rights of third parties. Without prejudice to other statutory claims, the Contractor agrees to indemnify the Customer against all claims by third parties for violations of the above industrial property rights, if these violations are due to a culpable breach of duty by the Contractor. In such event, licence fees, expenses and costs incurred by the Customer to prevent or eliminate violations of property rights will be borne by the Contractor.

17. Penalty

If a contractual penalty has been agreed and incurred, the Customer can claim this until the final payment is due, without this requiring a reservation in accordance with section 341(3) BGB.

18. General liability, insurance

- 18.1 Unless stipulated otherwise in these Terms and Conditions of Purchase, the Contractor is liable in accordance with the statutory provisions of BGB.
- 18.2 At its own expense, the Contractor must maintain sufficient liability insurance for any damage caused by it or its agents. The Customer, on request, must be provided with evidence of the amount insured per damaging event. The extent and amount of the Contractor's insurance cover do not affect its contractual or statutory liability.
- 18.3 Contractor is responsible for any insurance required in the event of travel.

19. Rights of use

19.1 Rights of use to work results
The Contractor grants the Customer an irrevocable right of use (not limited in terms of location, content or time, and that can be freely transferred and sublicensed) to all studies, training materials, designs, operating and system descriptions, files, software, graphics, calculations and other documents concerning the contract and that the Contractor produced itself or had produced by third parties (hereinafter Work Product) in all known forms of media, including electronic media, Internet and online media, on all visual, audio and data storage media. In particular, the Customer has the right to use, duplicate, distribute, modify or further develop such Work Product, to have the above activities performed by third parties, and to grant third parties the same full rights of use to such Work Product, including any changes and developments made in the interim. The Contractor also grants the Customer, at the time of placing the Order, the right to use Work Product to the extent described above for types of use unknown; the statutory provisions of the Urheberrechtsgesetz (UrhG) apply in this regard.

19.2 Nutzungsrechte an individuellen Arbeitsergebnissen

An Arbeitsergebnissen, die der Auftragnehmer individuell für die ausschließliche Nutzung durch die Auftraggeberin angefertigt hat oder von Seiten Dritter hat anfertigen lassen (nachfolgend „Individuelle Arbeitsergebnisse“) räumt der Auftraggeberin der Auftraggeberin die in Ziffer 19.1 genannten Rechte als ausschließliches Nutzungs- und Verwertungsrecht ein.

19.3 Nutzungsrechte an Standardmaterial des Auftragnehmers

An den Methoden, Tools und sonstigen Programmen, die der Auftragnehmer standardmäßig verwendet (nachfolgend „Standardmaterial“) und die in den Arbeitsergebnissen oder Individuellen Arbeitsergebnissen integriert sind räumt der Auftragnehmer der Auftraggeberin ein nicht ausschließliches, Nutzungs- und Verwertungsrecht in dem in Ziffer 19.1 beschriebenen Umfang ein. Gleichwohl ist eine unabhängige, isolierte Übertragung des Standardmaterials nicht gestattet.

19.4 Die Auftraggeberin hat das Recht, das Standardmaterial nach seinem eigenen Ermessen weiter zu nutzen. Der Auftragnehmer hat das Recht, das Standardmaterial für jegliche Zwecke, insbesondere für andere Kunden, zu nutzen und zu ändern, es sei denn, diese Nutzung stellt einen Verstoß gegen die in Ziffer 20 oder in dem Vertrag festgelegte Geheimhaltungspflicht dar.

19.5 Der Auftragnehmer darf das Standardmaterial nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung der Auftraggeberin in die Individuellen Arbeitsergebnisse einfügen oder integrieren.

20. Unterlagen, Geheimhaltung

20.1 Der Auftragnehmer hat der Auftraggeberin die geschuldeten Pläne, Berechnungen oder sonstigen Unterlagen in der vereinbarten Anzahl so rechtzeitig zu überlassen, dass die vertraglichen Ausführungsfristen eingehalten werden können.

20.2 Die Durchsicht der Unterlagen durch die Auftraggeberin berührt nicht die Verantwortlichkeit des Auftragnehmers. Modelle, Muster, Zeichnungen, Daten, Materialien und sonstige Unterlagen, die die Auftraggeberin dem Auftragnehmer zur Verfügung stellt (nachfolgend „Auftraggeberinnen-Unterlagen“), verbleiben im Eigentum der Auftraggeberin und sind auf jederzeitiges Verlangen der Auftraggeberin wieder an die Auftraggeberin zurückzugeben. Ein Zurückbehaltungsrecht des Auftragnehmers an den Auftraggeberinnen-Unterlagen wird ausgeschlossen. Der Auftragnehmer hat die Urheberrechte der Auftraggeberin an den Auftraggeberinnen-Unterlagen zu beachten.

20.3 Der Auftragnehmer verpflichtet sich vorbehaltlich gesetzlicher, gerichtlicher oder behördlicher Offenlegungspflichten, alle technischen, wissenschaftlichen, kommerziellen und sonstigen Informationen, die der Auftragnehmer im Rahmen des Vertrages direkt oder indirekt erlangt, insbesondere die Auftraggeberinnen-Unterlagen, Arbeitsergebnisse und Individuelle Arbeitsergebnisse, (nachfolgend „Vertrauliche Informationen“) geheim zu halten, nicht kommerziell zu verwerten, nicht zum Gegenstand gewerblicher Schutzrechte zu machen, nicht an Dritte weiterzugeben oder Dritten in sonstiger Weise zugänglich zu machen. Der Auftragnehmer darf die Vertraulichen Informationen nur denjenigen Mitarbeitern zugänglich machen, die die betreffenden Vertraulichen Informationen im Rahmen der Durchführung des Vertrages zwingend benötigen und die zuvor schriftlich zur Geheimhaltung der Vertraulichen Informationen in dem in dieser Ziffer niedergelegten Umfang verpflichtet wurden, und zwar auch für die Zeit nach einem möglichen Ausscheiden aus den Diensten des Auftragnehmers. Der Auftragnehmer ist berechtigt, Vertrauliche Informationen an von der Auftraggeberin zugelassene Subunternehmer weiterzugeben, soweit diese Informationen von dem Subunternehmer zur Vertragserfüllung zwingend benötigt werden. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, alle erforderlichen und geeigneten Vorkehrungen und Maßnahmen zu treffen, damit die erlangten Vertraulichen Informationen jederzeit wirksam gegen Verlust sowie gegen unberechtigten Zugriff geschützt sind. Hierzu gehören insbesondere die Schaffung und Aufrechterhaltung von geeigneten und erforderlichen Zutritts- bzw. Zugriffsvorkehrungen für Räumlichkeiten, Behältnisse, IT-Systeme, Datenträger und sonstige Informationsträger, in bzw. auf denen sich Vertrauliche Informationen befinden, sowie die Durchführung geeigneter Unterweisungen für die Personen, die gemäß dieser Ziffer zum Umgang mit Vertraulichen Informationen berechtigt sind. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, der Auftraggeberin unverzüglich schriftlich zu benachrichtigen, wenn bei dem Auftragnehmer ein Verlust und/oder ein unberechtigter Zugriff von/auf Vertrauliche Informationen eingetreten ist.

20.4 Ausgenommen von dieser Geheimhaltungspflicht sind lediglich Informationen, welche sich zum Zeitpunkt der Zurverfügungstellung durch die Auftraggeberin bereits rechtmäßig im Besitz des Auftragnehmers befinden, rechtmäßigerweise offenkundig sind oder rechtmäßig von Dritten erlangt wurden. Ausgenommen von dieser Geheimhaltungspflicht sind ferner Informationen, die gegenüber Personen offenbart werden, die einer gesetzlichen Verschwiegenheitspflicht unterliegen, wobei sich der Auftragnehmer dazu verpflichtet, diese Personen nicht von dieser Verschwiegenheitspflicht zu entbinden. Der Auftragnehmer trägt die Beweislast für das Vorliegen dieser Ausnahme.

20.5 Vertrauliche Informationen dürfen zu keinem anderen Zweck als dem der Durchführung des Vertrages verwendet werden. Die in Ziffer 20.3 genannte vorgenannte Geheimhaltungspflicht gilt für die Dauer von zehn (10) Jahren nach Beendigung des Vertrages.

20.6 Der Auftragnehmer hat das Recht, von der Auftraggeberin erlangte Informationen oder Vertrauliche Informationen für statistische, analytische und Benchmarking Zwecke im Zusammenhang mit Dienstleistungen des Auftragnehmers zu speichern, zu nutzen und Dritten gegenüber zu offenbaren, vorausgesetzt diese Informationen bzw. Vertrauliche Informationen: (i) werden ausschließlich in Form von aggregierten Daten verwendet, die ähnliche Informationen aus anderen Quellen und von anderen Kunden des Auftragnehmers enthalten, und (ii) sind in einer Art und Weise anonymisiert, dass es Dritten nicht möglich ist, die Auftraggeberin oder Vertrauliche Informationen der Auftraggeberin zu erkennen. Falls Informationen oder Vertrauliche Informationen der Auftraggeberin mit Daten und/oder Informationen von anderen Kunden des Auftragnehmers zur Erstellung von Referenzgruppen zum Zwecke eines Benchmarks zusammengeführt werden, darf die Auftraggeberin nicht als Mitglied dieser Referenzgruppe zu erkennen sein. Auf Aufforderung hat der Auftragnehmer die Auftraggeberin die Einhaltung der in dieser Ziffer 20.6 festgelegten Verpflichtungen schriftlich nachzuweisen.

20.7 Im Falle der Vertragsbeendigung, gleich aus welchem Rechtsgrund, hat der Auftragnehmer die Vertraulichen Informationen, einschließlich aller hiervon angefertigten Kopien und Zeichnungen, soweit diese Inhalte der Vertraulichen Informationen wiedergeben, der Auftraggeberin unverzüglich auszuhandigen. Soweit und nur so lange wie kraft Gesetzes oder geltender verbindlicher beruflicher Vorschriften erforderlich, ist der Auftragnehmer berechtigt, einen Satz an Kopien der Vertraulichen Informationen zu behalten, jedoch unter der Voraussetzung, dass der Auftragnehmer alle erforderlichen Maßnahmen zur Geheimhaltung dieser Kopie ergreift. Nach Wegfall einer entsprechenden Aufbewahrungspflicht bzw. nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist muss der Auftragnehmer diese Unterlagen unverzüglich an die Auftraggeberin zurückgeben.

20.8 Die Verpflichtung zur Wahrung der Vertraulichkeit wirtschaftlich sensibler Informationen im Sinne des Energiewirtschaftsgesetzes und die Verpflichtung zur diskriminierungsfreien Offenlegung von Informationen, die wirtschaftliche Vorteile bringen können im Sinne des Energiewirtschaftsgesetzes, bleiben von den vorstehenden Regelungen unberührt.

21. Erfüllungsort, anwendbares Recht, Gerichtsstand

21.1 Erfüllungsort ist für beide Teile der Sitz der Auftraggeberin oder der von der Auftraggeberin bestimmte Ort.

21.2 Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Die Anwendung des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 11.04.1980 über Verträge über den internationalen Warenkauf ist ausgeschlossen.

21.3 Als Gerichtsstand wird, sofern der Auftragnehmer Kaufmann ist, der Sitz der Auftraggeberin vereinbart.

21.4 Diese Einkaufsbedingungen bleiben auch bei rechtlicher Unwirksamkeit einzelner Punkte im Übrigen verbindlich.

Stand: März 2020

19.2 Rights of use to Individual Work Product

The Contractor grants the Customer the rights listed in section 19.1 as exclusive rights to Work Product produced individually by the Contractor for the exclusive use of the Customer, or that it has had produced by third parties (hereinafter Individual Work Product).

19.3 Rights of use to Standard Materials of the Contractor

The Contractor grants the Customer a non-exclusive right of use to the extent described in section 19.1 to the methods, tools and other programs used by the Contractor as standard (hereinafter Standard Materials) and that are integrated in Work Product or Individual Work Product.

Nonetheless, the independent, isolated transfer of Standard Materials is not permitted.

19.4 The Contractor has the right to continue using Standard Materials at its own discretion. The Contractor has the right to use and modify the Standard Materials for any purpose, in particular for other customers, unless this use constitutes a violation of the confidentiality obligation specified in section 20 or in the contract.

19.5 The Contractor is permitted to insert or integrate the Standard Materials into individual work results only with the prior written consent of the Customer.

20. Documents, confidentiality

20.1 The Contractor must provide the Customer with the requisite plans, calculations or other documents in the agreed number and in sufficient time that the contractual performance dates can be complied with.

20.2 The fact that the Customer has inspected the documents does not affect the Contractor's responsibility. Models, samples, drawings, data, materials and other documents provided by the Customer to the Contractor (hereinafter Customer's Documents) remain the property of the Customer and must be returned to the Customer at any time on request by the Customer. A right of retention on the part of the Contractor to the Customer's documents is excluded. The Contractor must respect the Customer's copyright to the Customer's documents.

20.3 Subject to statutory, court-ordered or official disclosure requirements, the Contractor agrees to treat any technical, scientific, commercial and other information that the Contractor acquires, directly or indirectly, in the context of the contract, including in particular the Customer's documents, work results and individual work results, (hereinafter: "Confidential Information") as confidential, not to use it commercially, not to make it subject to industrial property rights, not to pass it on to third parties or otherwise make it available to third parties. The Contractor may make Confidential Information available only to those employees who necessarily require the Confidential Information in question in the context of the performance of the contract, and only after such employees make a written pledge to keep Confidential Information secret to the extent described in this section, including the time after leaving the Contractor's services. The Contractor is entitled to pass on Confidential Information to subcontractors approved by the Customer, provided that this information is necessarily required by the subcontractor to fulfil the contract. The Contractor agrees to take all necessary and suitable precautions and measures at all times to ensure that the Confidential Information obtained is effectively protected against loss and unauthorised access. In particular, these include creating and maintaining suitable and necessary access and taking ongoing precautions for premises, containers, IT systems, data storage media and other information storage media in or on which Confidential Information is located, in addition to providing appropriate instructions for the persons authorised to handle Confidential Information in accordance with this section. The Contractor agrees to inform the Customer in writing without delay if the Contractor has lost Confidential Information or if Confidential Information has been subject to unauthorised access.

20.4 Only information lawfully in the possession of the Contractor at the time provided by the Customer, information lawfully common knowledge or information lawfully obtained from third parties is exempt from this duty of confidentiality. Furthermore, this duty of confidentiality does not apply to information disclosed to persons subject to a statutory duty of confidentiality, provided that the Contractor agrees not to release these persons from this duty of confidentiality. The Contractor bears the burden of proof for the conditions of this exemption.

20.5 Confidential Information must not be used for any purpose other than the performance of the contract. The duty of confidentiality stipulated in section 20.3 above applies for a duration of ten (10) years after the end of the contract.

20.6 The Contractor has the right to store, use and disclose to third parties information or Confidential Information obtained from the Customer for statistical, analytical and benchmarking purposes in connection with the Contractor's services, provided that such information or Confidential Information: (i) is exclusively used in the form of aggregated data containing similar information from other sources and from other clients of the Contractor, and (ii) is anonymised in such a way that it is not possible for third parties to identify the Customer or Confidential Information of the Customer. If information or Confidential Information of the Customer is merged with the data or information of other clients of the Contractor to create reference groups for the purpose of benchmarking, the Customer must not be identifiable as a member of this reference group. On request, the Contractor must provide the Customer with written evidence of its compliance with the obligations stipulated in this section 20.6.

20.7 In the event of the termination of the contract, for whatever legal reason, the Contractor will return to the Customer its Confidential Information without undue delay, including all copies and records if these reflect the content of the Confidential Information. To the extent required by law or applicable binding professional rules, and only for the duration of such requirement, the Contractor is entitled to retain a set of copies of Confidential Information, provided that the Contractor takes all necessary measures to keep these copies confidential. After such a retention requirement expires or after the end of the retention period, the Contractor must return these documents to the Customer without undue delay.

20.8 The above regulations do not affect the obligation to preserve the confidentiality of commercially sensitive information as defined by the Energiewirtschaftsgesetz (EnWG – German Energy Industry Act) or the obligation to disclose information without discrimination that can lead to economic benefits as defined by the German Energy Industry Act.

21. Place of performance, applicable law, legal venue

21.1 The place of performance for both parties is the Customer's place of business or the place designated by the Customer.

21.2 The law of the Federal Republic of Germany applies. The application of the United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods of 11 April 1980 is excluded.

21.3 If the Contractor is a merchant as defined by 14 BGB, the Customer's place of business is agreed as the legal jurisdiction and venue.

21.4 These Terms and Conditions of Purchase remain binding even if individual points in them are legally void.

21.5 This English version of the Standard Terms and Conditions are for purposes of convenience only. In the event of a discrepancy between the English and German version, the German wording shall prevail.

As at: March 2020